

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Einführung von De-Mail im Land Bremen

Mit dem Start der E-Government-Initiative hat das Bundesinnenministerium den ersten Schritt zu einer erleichterten Kommunikation in und mit der öffentlichen Verwaltung getan. Im Mai 2011 trat das De-Mail-Gesetz in Kraft, welche die rechtlichen Grundlagen für die Kommunikation mit De-Mail festlegte.

Die De-Mail ist ein Kommunikationsmittel zur sicheren, vertraulichen und nachweisbaren Kommunikation im Internet und ähnelt einer E-Mail. Über die De-Mail sollen Bürger, Wirtschaft und Verwaltung kostengünstig, zuverlässig und vertraulich elektronisch kommunizieren können.

Am 6. März 2012 erhielten mit der Deutschen Telekom AG, T-Systems und der Mentana-Claimsoft GmbH die ersten Anbieter von De-Mail ihre Zulassung vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Damit konnte die Einführung von De-Mail für den sicheren elektronischen Nachrichtentransport beginnen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die E-Government-Initiative des Bundesinnenministeriums und das im Mai 2011 beschlossene De-Mail-Gesetz?
2. In welchen Bereichen der öffentlichen Verwaltung wurde die De-Mail bereits eingeführt und welche Erkenntnisse hat der Senat daraus gezogen?
3. Inwiefern plant der Senat die Einführung der De-Mail in weiteren Bereichen der öffentlichen Verwaltung im Land Bremen, um die digitale Kommunikation zwischen der Verwaltung einerseits und den Unternehmen und Bürgern andererseits zu erleichtern?
4. Inwiefern plant der Senat auch eine Nutzung von De-Mail, um die Kommunikation innerhalb der Verwaltung und zwischen den Verwaltungen zu erleichtern?
5. Inwiefern hat der Senat bereits Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zur Einführung der De-Mail in der öffentlichen Verwaltung durchgeführt und welche Ergebnisse haben diese Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen ergeben?

6. Welche Einsparungen könnten durch die Einführung der De-Mail im Land Bremen erreicht werden?
7. Wie bewertet der Senat die Nutzung von De-Mail in anderen Städten und Kommunen, wie bspw. der Freien und Hansestadt Hamburg, und welche Rückschlüsse zieht der Senat aus den Erkenntnissen der anderen Städte und Kommunen auf eine Einführung im Land Bremen?
8. Wie viele neue Personalausweise wurden seit dessen Einführung am 1. November 2010 im Land Bremen ausgestellt und wie viele davon haben die Online-Ausweisfunktion frei geschaltet?

Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU